

Die SVP und ihre zwei Sündenböcke

Die grösste Partei wettert gegen das Bundesgerichtsurteil zur UBS – auch gegen ihren Bundesrat und einen Bundesrichter. Und sie droht. Mit einer Abwahl des zuständigen Bundesrichters zum Beispiel. Einige sprechen sogar von einem Amtsenthebungsverfahren.

Doris Kleck und Kari Kälin

BERN. Die Schweiz darf Frankreich 40 000 Daten von UBS-Kunden liefern. Für drei von fünf Bundesrichtern war klar: Es gibt genug Anhaltspunkte, dass sich auf den Listen Steuersünder befinden könnten. Der Leitentscheid wird von bürgerlichen Politikern kritisiert. Eine Partei reagiert besonders scharf: die SVP. Die Schweizer Justiz erlaube ausländischen Steuerbehörden, ohne ausreichende Verdachtsmomente die Herausgabe von Bankkunden Daten zu verlangen. In der Konsequenz bedeute dies: «Wer über ein Konto bei einer Schweizer Bank verfügt, setzt sich alleine schon damit dem Verdacht aus, Steuern zu hinterziehen und darf durchleuchtet werden.»

Die SVP-Parlamentarier hadern mit zwei Umständen. Erstens hat SVP-Bundesrichter Yves Donzallaz für die Auslieferung der Daten gestimmt und damit den Ausschlag gegeben. Und zweitens steht SVP-Bundesrat Ueli Maurer als Chef des Finanzdepartements mit in der Verantwortung. Das Bundesverwaltungsgericht hatte in einem ersten Urteil nämlich entschieden, dass die Daten nicht geliefert werden dürfen. Es war die Eidgenössische Steuerverwaltung, die das Urteil weiterzog. Sie untersteht Maurer.

Der Zürcher SVP-Nationalrat Roger Köppel fragte deshalb auf Twitter: «Warum hat Maurer es nicht verhindert?»

Die SVP droht mit Abwahl der Richter

Ja, weshalb eigentlich nicht? Dem Vernehmen nach missfällt dem Finanzminister das richterliche Verdikt nämlich sehr. Maurer gilt als bankennah. Die Frage geht an das Finanzdepartement. Der Sprecher sagt nur: «Die Steuerverwaltung hat Ueli Maurer über den Weiterzug informiert.» Weitere Fragen bleiben unbeantwortet.

In Bern werden zwei Thesen kolportiert, weshalb die Steuerverwaltung den Fall überhaupt weiterzog. Einerseits wegen des internationalen Drucks. Derzeit überprüft nämlich das Global Forum, ein Zusammenschluss von 150 Staaten, ob die Schweiz die internationalen Standards in Sachen Steuertransparenz einhält. Bei der ersten Länderprüfung erhielt die Schweiz 2016 eine genügende Note, nun läuft das zweite



Hat sich Finanzminister Ueli Maurer womöglich verkalkuliert?

BILD KEY

Examen, wo es unter anderem um Gruppenanfragen geht. Der Schlussbericht wird Ende dieses Jahres erwartet. Und Insider sind sich einig: Hätte die Steuerverwaltung den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts nicht vor die höchste Instanz gebracht, hätte sich dies negativ auf das Länderexamen ausgewirkt.

Andererseits könnte sich der Finanzminister ein anderes Urteil erhofft haben.

«Es darf nicht sein, dass die Richter ans Gängelband der Politik gekettet werden.»

Didier Berberat
Ständerat (SP, NE)

Spricht, Maurer liess die Steuerverwaltung gewähren, weil er davon ausging, dass das Bundesgericht das Urteil der Vorinstanz bestätigen würde. Der Ermessensspielraum der Richter war nämlich gross.

Mit seiner Einschätzung lag der Finanzminister jedoch daneben, wenn auch nur knapp. Drei Bundesrichter sprachen sich für die Auslieferung aus und werden nun von bürgerlichen Politikern stark kritisiert.

Sie monieren, das Parlament habe im Amtshilfegesetz Fischzüge explizit ausgeschlossen. Einige Parlamentarier liebäugeln gar mit Straffaktionen. Die SVP schießt sich auf ihren 2008 gewählten Bundesrichter Yves Donzallaz ein.

«Angriff auf die Gewaltentrennung»

So sagte SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi der «Sonntags-Zeitung»: «Wir müssen uns ernsthaft fragen, ob wir Bundesrichter unserer Partei wiederwählen wollen, wenn sie in keiner Weise unser Gedankengut vertreten.» Massnahmen gegen die Richter fassen auch Politiker anderer Parteien ins Auge.

Die Bundesversammlung wählt die Richter jeweils für sechs Jahre. Die richterliche Unabhängigkeit ist in der Bundesverfassung verankert. Die Gerichte sind «nur dem Recht verpflichtet», heisst es dort. Die Abwahlgelüste kommen deshalb nicht gut an. FDP-Fraktionschef Beat Walti, Mitglied der Gerichtskommission, spricht von einem Angriff auf die Gewaltentrennung: «Ich halte das für eine inakzeptable Diskussion in einer entwickelten Demokratie. Das würde bedeuten, dass das Parlament die inhaltliche Obergrenze über das Bundesgericht ausübt.»

Der Neuenburger Ständerat Didier Berberat (SP) taxiert die Drohungen als «skandalös». «Es darf nicht sein, dass die Bundesrichter ans Gängelband der Politik gekettet werden. Das wäre das Ende der unabhängigen Justiz», sagt er.

Initiative für Amtsenthebung

SVP-Nationalrat Pirmin Schwander könnte sich derweil schärfere Massnahmen als eine Abwahl vorstellen. Die Richter hätten beim UBS-Urteil das Gesetz missachtet, sagt er. Es brauche Massnahmen, die schneller wirkten. Gegenüber der «Sonntags-Zeitung» brachte Schwander ein Amtsenthebungsverfahren ins Spiel.

Zu dieser Frage wird in absehbarer Zeit das Volk Stellung nehmen. Die Justiz-Initiative verlangt unter anderem, dass die Bundesversammlung auf Antrag des Bundesrates Bundesrichter abberufen können, sofern diese ihre Amtspflichten schwer verletzt hätten.

CVP sucht Gespräch mit Claude Bégel

LAUSANNE. Er ist auf eigene Kosten nach Nordkorea gereist – und hat sich auch selber in die Nesseln gesetzt. Mit Tweets, in denen Claude Bégel vor Kurzem die «positiven Seiten des Sozialismus» pries, hat der Waadtländer CVP-Nationalrat viel Häme kassiert – auch von der eigenen Partei.

Bloss: Bégel bereut nichts. Am Sonntag hat er im Westschweizer Fernsehen RTS erklärt, er würde die Tweets wieder absetzen. Mit den positiven Kurznachrichten habe er das Vertrauen der Nordkoreaner gewinnen wollen. Er habe dadurch vor Ort mehr Bewegungsfreiheit erhalten.

Die CVP Waadt versucht derzeit, einen Termin für eine Aussprache mit Bégel zu finden. Bis gestern Nachmittag verpufften alle Bemühungen, wie Gérard Cretegnay auf Anfrage sagt. Der Co-Präsident der CVP Waadt erfuhr durch das TV-Interview von Bégels Rückkehr in die Schweiz. Cretegnay mag zur Kontroverse keinen Kommentar abgeben und verweist auf Medienmitteilungen. Darin distanzierte sich die CVP Waadt von Bégels Tweets.

Auch CVP-Präsident Gerhard Pfister hat sich von Bégels positiven Worten zu Nordkorea distanziert. Die CVP Schweiz wird das Gespräch mit Bégel suchen. Doch erst, nachdem sich die CVP Waadt ihren Kandidaten vorgeknöpft hat. (Kari Kälin)

Bund überprüft Zulassung von Fungizid Chlorothalonil

BERN. Die negativen Schlagzeilen rund um zu hohe Chlorothalonil-Werte in mehreren Schweizer Gemeinden lassen nun auch den Bund aufhorchen: Er erwägt, die Bewilligung von Pflanzenschutzprodukten mit dem Wirkstoff zu widerrufen. Ein Entscheid soll im Herbst fallen.

Zunächst startet das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) am Dienstag ein Vernehmlassungsverfahren, wie es in einer Mitteilung vom Montag heisst. Dabei sollen Umwelt-NGOs Stellung nehmen zu den Ergebnissen der Überprüfung von 15 Fungiziden.

Das entspreche dem seit längerem vorgesehenen Prozess, schreibt der Bund. Gemäss dem Gesetz über den Natur- und Heimatschutz besteht ein Beschwerderecht, welchem nun mit der eingeleiteten Vernehmlassung Rechnung getragen wird.

Seit 40 Jahren im Einsatz

Chlorothalonil ist ein Wirkstoff, der in der Landwirtschaft seit den Siebzigerjahren als Fungizid eingesetzt wird, insbesondere zum Schutz von Getreide gegen zahlreiche Krankheiten. Im Rahmen der Überprüfung wurden gewisse Abbauprodukte im Grundwasser in zu hohen Mengen gemessen.

Zur raschen Korrektur dieser neuen Situation erwägt das BLW in Absprache mit dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV), die

Bewilligung für alle Fungizide mit diesem Wirkstoff zu widerrufen.

Neue Erkenntnisse

In den vergangenen Jahren seien die Anforderungen für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln verschärft worden, schreibt der Bund weiter. «Produkte, die vor zwanzig Jahren zulassungsfähig waren, sind es nicht zwingend auch heute noch.»

Mit der Überprüfung älterer Produkte lasse sich in Erfahrung bringen, ob diese die aktuellen Anforderungen nach wie vor erfüllten. Bei Bedarf würden die Anwendungsvorschriften der Produkte angepasst – und wenn dies nicht ausreicht, werden die Bewilligungen widerrufen.

Im vergangenen März hatte die europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde erstmals darauf hingewiesen, dass für die Abbauprodukte von Chlorothalonil eine Gesundheitsgefährdung bestehen könne. Die EU erliess daraufhin ein Verbot des Pflanzenschutzmittels ab 2020.

Da die Behörden das Abbauprodukt neu als relevant einstufen, untersuchten auch Schweizer Chemiker die Wasserproben erstmals auf diese Rückstände. In den vergangenen Wochen wurden verschiedene Überschreitungen des Grenzwerts publik. Umweltorganisationen forderten seither ein sofortiges Chlorothalonil-Verbot. (sda)

Aktuelle Trockenheit ist für Schweizer Wälder verkraftbar

Hitze und Wassermangel sind wie Gift für Bäume. Zur Zeit sieht es aber noch nicht «dramatisch» aus in unseren Wäldern, sagt eine Forschungsanstalt des Bundes. Ein Problem sind allerdings die Borkenkäfer.

BERN. Spätestens seit 2018 weiss man: Bäume leiden unter Trockenstress. Die aktuelle Trockenheit kann dem Wald bisher wenig anhaben, da den Bäumen an den meisten Orten Wasser zur Verfügung steht. Als eine Folge des Hitzesommers 2018 breitet sich aber der Borkenkäfer aus.

«Über das gesamte Mittelland und den Jura gesehen, ist die Situation aufgrund der Trockenheit im Moment nicht dramatisch», stellt Reinhard Lässig, Mediensprecher der Eidg. Forschungsanstalt WSL in Birmensdorf ZH, auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA, fest.

Guter Grundwasserspiegel

Im Gegensatz zum vergangenen Jahr seien die Wälder von der Wasserversorgung her derzeit noch gut dran. Der Grundwasserspiegel sei in diesem Jahr höher und die Bäume könnten so die Trockenheit überbrücken.

In den Wäldern seien die Bäume zum Teil sehr grün. Abgestorbene Fichten und Buchen seien eine Folge der Tro-

ckenheit von 2018. Damals habe eine relativ lange Trockenheit geherrscht, viele Bäume hätten ihr Wachstum eingestellt und auch nach ersten Regenfällen nicht mehr auf das Regenwasser reagieren können.

Vor allem Buchen, Fichten und Weiss-tannen mit Krankheitssymptomen würden jetzt absterben. Neu ist laut Lässig, dass Buchen wie seit 150 Jahren nicht mehr betroffen sind.

Trockenheiten ereigneten sich in der Regel alle ein bis zwei Jahrzehnte. Seit der Jahrtausendwende habe es jedoch bereits vier bis fünf trockene Jahre gegeben – die beiden stärksten 2003 und 2018.

Die Käfer auf dem Vormarsch

Im vergangenen und in diesem Jahr seien in den Wäldern die Auswirkungen des trockeneren und wärmer werdenden Klimas sichtbar geworden, bestätigt auch Rebekka Reichlin, Sprecherin des Bundesamtes für Umwelt (Bafu). Regional seien jedoch Unterschiede bei den Trockenheitsschäden zu beobachten.

Gefahr droht von Hitze und Trockenheit geschwächten Fichten durch den Buchdrucker. Weiss-tannen, die 2018 ebenfalls stark unter der Trockenheit gelitten haben, werden inzwischen vom Weiss-tannenborkenkäfer befallen, heisst es bei WSL und Bafu. Die Käferpopulation erreiche mittlerweile ein hohes Niveau. (sda)